

Von der Commune in die Stadtteile

von Julia Hofmann und Hanna Lichtenberger

Zum 100. Jahrestag der Pariser Commune sangen *Les Quatre Barbus* „La Commune n'est pas morte“. Weitere 40 Jahre später taucht die Commune wieder auf. Diesmal mit einem Plakat mit demselben Slogan bei den Protesten der Demokratiebewegungen in Griechenland, Ägypten und Spanien.

2011 gilt als Jahr der Revolutionen, Revolten und Umbrüche. Nicht nur im arabischen Raum wurden Diktaturen mehr oder weniger erfolgreich gestürzt, auch in Europa wandten sich große Teile der Bevölkerung gegen ihre Regierungen. Gemeinsam sind den Protestbewegungen in Spanien, Griechenland, Ägypten oder Tunesien die Forderung nach der Durchsetzung von „echter Demokratie“ sowie der Versuch, über die Inbesitznahme von öffentlichen Räumen als politisches Kampfmittel diese Forderungen durchzusetzen und vorzuleben. Während in Europa allerdings vor allem die Tendenzen hin zu einer autoritären, wirtschaftlichen Interessen folgenden Form von Demokratie kritisiert werden, orientieren sich die demokratischen Forderungen in Ägypten und Tunesien viel mehr an der (erstmaligen) Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Institutionen. Doch kann bürgerliche Demokratie überhaupt wirklich demokratisch sein? Wie lässt sich kollektiv organisiertes Gemeinwesen anders als im parlamentarischen Rahmen denken und wie kann dieses erkämpft werden?

Im folgenden Artikel wollen wir ausgehend von einem kurzen Überblick über die revolutionären Umbrüche in Paris 1871 herausarbeiten, welche Kontinuitäten und Diskontinuitäten es in der Form politischer Selbstorganisation bis hin zu der Bewegung 15M in Spanien diesen Jahres gibt. Wir wollen die Frage stellen, inwieweit sich ebendiese Bewegung in die Traditionslinien der Commune stellen lässt und wie sich politische Erfahrungen historisch in rätendemokratische Überlegungen eingeschrieben haben.

Alle Macht den Räten!

In der linken Debatte wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die bürgerlich-parlamentarische Demokratie nicht erst in den letzten Jahren „Unzulänglichkeiten“

aufgezeigt hat.¹ Vielmehr war sie bereits bei ihrer Entstehung eng mit der Durchsetzung des Kapitalismus und der Herrschaft der Bourgeoisie verbunden. Die formale Gleichstellung aller Bewohner_innen eines Nationalstaates als (Staats-) Bürger_innen reicht für wirkliche soziale Emanzipation aber bei weitem nicht aus. Die Arbeiter_innenklasse ist in bürgerlich-parlamentarischen Demokratien zwar frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, aber auch frei von Produktionsmitteln und wird dadurch unterjocht und ausgebeutet. Bürgerliche Demokratie trennt desweiteren zwischen Ökonomischem und Politischem, und verdeckt so, dass der Staat keine neutrale Instanz ist, sondern die Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse.² Politische Repräsentant_innen in der bürgerlichen Demokratie sind meist nicht an den Willen der Bevölkerung gebunden und können auch nicht jederzeit abgewählt werden. Die Trennung von Exekutive und Legislative führt dazu, dass nicht gewählte, sondern bestellte Instanzen mit der Umsetzung der parlamentarischen Beschlüsse betraut werden. Kontrollen existieren entweder gar nicht oder haben kaum Konsequenzen. In jüngster Zeit wird dieser Bruch zwischen Bevölkerung und Politiker_innen weiter verschärft: In Österreich beschloss das Parlament 2007 beispielsweise ohne Volksbefragung, dass die Legislaturperiode von nun an nicht mehr vier, sondern fünf Jahre dauern sollte.

Als Alternative zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie wird daher häufig der Begriff der *Rätedemokratie* verwendet. Darunter wird eine Form gesellschaftlicher Organisation und Entscheidungsfindung verstanden, bei der die gesellschaftlich notwendigen Entscheidungen von direkt gewählten, (jederzeit) abwählbaren, rotierenden und verantwortlichen Rät_innen kollektiv getroffen werden. Sie will die planmäßige Verteilung von Produktion und Distribution von unten organisieren. Die Basiseinheiten verschiedener Ebenen (beispielsweise auf der Ebene von Wohnräumen, Betrieben, Universitäten, etc.), treten in Vollversammlungen zusammen und entscheiden über Dinge, die ihr eigenes Leben betreffen. Für die Koordinierung der Interessen der kleinen Basiseinheiten werden Abgesandte zu regional- oder branchenübergeordneten Versammlungen geschickt, um dort

¹ Demirovic 2009, 181-183

² „Der Staat/das Politische (das trifft genauso für die Ideologie zu) existiert immer schon konstitutiv, wenn auch in unterschiedlichen Formen, in den Produktionsverhältnissen und ihrer Reproduktion [...]. Zwar modifiziert sich die Rolle des Staates in der Ökonomie [...] Aber diese Modifikationen können auf gar keinen Fall mit der topologischen Figur der Äußerlichkeit beschrieben werden“ (Poulantzas 2002, 45) Eben die Trennung gilt etwa auch als Grundgedanke sozialdemokratischer Regulierungspolitiken.

ihre lokalen/betriebsinternen Anliegen zu vertreten. Durch den Versuch Entscheidungsfindungsprozesse so demokratisch wie möglich zu gestalten und möglichst alle Beteiligten in die Debatten miteinzubeziehen, gelten rätedemokratische Konzeptionen meist als die demokratischste Form der sozialen Emanzipation.

Dennoch bringen rätedemokratische Ideen auch eine Fülle an Problemen mit. Dies betrifft unter anderem die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen an Entscheidungen partizipieren sollen³ oder den Widerspruch zwischen der Forderung der jederzeitigen Abwählbarkeit von Repräsentat_innen, Funktionär_innen und dem Bedarf nach Kontinuität und Wissensvermittlung z.B. im Lehrwesen oder in der medizinischen Versorgung.⁴ Auch die Koordinierung zwischen lokalen und globalen Einheiten sowie die Funktionsweise und die Entsendungsmodi sind stetiger Teil von Debatten in den Rätekonzeptionen.⁵ Viele dieser Fragen lassen sich auf einer abstrakt-theoretischen Ebene allerdings recht unbefriedigend beantworten und können nur durch die Analyse der Erfordernisse einer konkreten Situation bearbeitet werden.

Die Commune und ihre Nachfolger_innen

Historisch ist die Forderung nach Rätedemokratie und ihre ideengeschichtliche Weiterentwicklung eng mit der Herausbildung der sozialistischen Gesellschaftstheorie und den ersten praktischen Erfahrungen von Selbstverwaltung verknüpft. Zwei Bezugspunkte sind in allen Debatten bis heute wichtig – einerseits der politische Bezug auf die Pariser

³ Wenn es um Ideen zur Organisierung des Überganges zum Sozialismus geht, werden je nach rätedemokratischer Konzeption große Gruppen der Gesellschaft von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Der austromarxistische Theoretiker Max Adler argumentierte etwa, dass nur die „bewussten Teile der arbeitenden Bevölkerung“ die Arbeiter_innenräte wählen sollten und das „aktive Wahlrecht vom Bekenntnis zum Sozialismus abhängig zu machen“ sei. (Adler 1919, 273)

⁴ Wie können etwa Lehrwesen und medizinische Versorgung dauerhaft organisiert werden, wenn auch Lehrende jederzeit abwählbar sind? Wie kann Wissen und Fortschritt weitergegeben werden, ohne dass Hierarchien entstehen? Wenn alle an allen Entscheidungen partizipieren wollen und sollen und Delegierte jederzeit Rechenschaft über ihre Tätigkeit anlegen sollen, in welchem Verhältnis steht das dann zu den verfügbaren zeitlichen Ressourcen? Wie kann verhindert werden, dass die Koordinierungsaufgaben nicht überhand nehmen?

⁵ Wie etwa werden Widersprüche zwischen Konsument_innen und Produzent_innen, aber auch zwischen voneinander abhängigen Betrieben bearbeitet? Wie kann verhindert werden, dass es die Räte zu einer berufsständischen oder Betriebsvertretung werden? Wie wird zwischen gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen und Mitspracherechte von Beschäftigten vermittelt? Wie werden Reproduktion und Bildungswesen organisiert? Ist eine territoriale Vertretungsstruktur notwendig und wenn ja, wie wird dann mit der doppelten Souveränität von Räten und territorialer Verbindung umgegangen?

Commune von 1871, andererseits der theoretische Bezug auf Marx' Analyse der Commune in „Bürgerkrieg in Frankreich“⁶

Allerdings änderte sich im Laufe der Zeit die Vorstellung, was unter rätedemokratisch organisierter gesellschaftlicher Organisation verstanden wurde, stark. War zu Zeiten der Pariser Commune der *lokale* Charakter von Rätestrukturen besonders wichtig, da darüber etwa die Nahrungsmittelversorgung oder auch die Kinderbetreuung sicher gestellt wurde, dienten Arbeiter_innen- und Soldat_innenräte in der russischen und der deutschen Revolution nicht nur als Form des selbstbestimmten Arbeitens und Lebens, sondern auch als zentrales *Kampforgan*, da über sie beispielsweise auch Streiks organisiert wurden. Nach den großen Revolutionen der Zwischenkriegszeit konzentrierten sich die Versuche, rätedemokratische Ideen politisch fruchtbar zu machen, wiederum vor allem auf den Bereich der Organisation des Gemeinwesens und des reproduktiven Lebens. Austromarxist_innen, wie auch die 68er-Bewegung versuchten vor allem den Aspekt der *Selbstverwaltung* ins Zentrum des gemeinschaftlichen Lebens zu stellen. In den aktuellen Debatten rund um Rätedemokratie lassen sich wiederum zwei Strömungen ausmachen: Einerseits die (dominierende) Debatte rund um betriebsinterne Demokratie, betrieblicher Selbstverwaltung und *wirtschaftsdemokratische* Konzeptionen, sowie andererseits die Debatte rund um Inbesitznahme und *Verwaltung von (öffentlichem) Raum*.

Aktuelle Protestbewegungen, wie die Bewegung 15M⁷ in Spanien, aber auch die Bewegungen in Ägypten und Tunesien beziehen sich eher auf letzteres. Die Inbesitznahme von öffentlichem Raum (*Tahrir Platz, Plaza Puerta del Sol*) spielte für sie eine besonders wichtige Rolle. Auch der Bezug auf die Pariser Commune wurde bei zahlreichen Demonstrationen in Form von Plakaten mit der Aufschrift „La Commune n'est pas morte“ hergestellt. Doch: Was war die Pariser Commune eigentlich und wie kam es zu ihrer Etablierung?

„Brot oder Blut!“

Am 18. März 1871 verhinderten Pariser Arbeiter_innen den Abtransport von 227 Kanonen der Nationalgarde aus Montmartre durch die reaktionären Regierungstruppen. Sie

⁶ Diese Schrift ist deshalb so zentral, weil darin die Grundlagen marxistischer Staatstheorie gelegt werden. Marx schreibt darin, dass „die Arbeiterklasse [sic!] nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann“ (MEW 17, 336). An die Stelle des kapitalistischen Staates muss eine grundlegend neue Form der Organisation des Gemeinwesens treten.

⁷ Bewegung 15 Mayo (Mai), benannt nach dem Tag der ersten landesweiten Proteste 2011.

blockierten zahlreiche wichtige Plätze der Stadt und besetzten das Rathaus. Das Zentralkomitee der progressiven Nationalgarde, die 1789 im Zuge der Revolution gegründet wurde, übernahm die politische Macht über Paris. Nachdem Frankreich zuvor den Krieg gegen Preußen (dessen Truppen Paris belagert hielten) verloren hatte und sich das traditionelle Bürger_innentum aus Angst vor dem eigenen Machtverlust gegen das kampfbereite Pariser Proletariat stellte, organisierte es die Pariser Arbeiter_innenklasse selbst, die Stadt gegen den äußeren und den inneren Feind zu verteidigen.

Die Entmachtungsversuche der Regierung gegen die Pariser_innen scheiterten. So gehörte eine Gruppe von entschlossenen Frauen zu den ersten, die sich den Regierungstruppen entgegen stellten, als diese Paris übernehmen wollten, ehe die Nationalgarde der Regierung die Staatsmacht entriss. Die Regierung unter Adolphe Thiers, dem Chef der Exekutive der „Regierung der nationalen Verteidigung“, die sich nach der Flucht der Monarch_innen konstituierte, floh nach Versailles und mit ihr die vormals herrschende Klasse Paris'. Die Arbeiter_innen wählten ihre eigene Regierung: die Pariser Commune, deren Charakter sich grundsätzlich von der bürgerlichen Demokratie unterschied.

Die Konstitution der Commune wird oft als eine proletarische Revolution beschrieben, da ihr eine systemüberwindende Dynamik innewohnte, die über die bürgerliche Gesellschaft hinauswies: Der Widerspruch zwischen dem Volk und der Regierung wurde aufgelöst. Die Commune bildete sich durch Wahlen in den verschiedenen Pariser Bezirken; die Kommunarden ⁸ waren jederzeit abwählbar und kamen mehrheitlich aus der Arbeiter_innenklasse. Das Heer wurde aufgelöst und die allgemeine Bewaffnung des Volkes durchgesetzt. Die Abwählbarkeit der Beamt_innen wurde durchgesetzt, wie auch ihre Entlohnung an den Durchschnittslohn der Arbeiter_innen angeglichen.⁹ Die gesamte Verwaltung wurde von unten organisiert, die bürgerliche Trennung von exekutiver und legislativer Macht aufgelöst. Obwohl die Bedingungen, unter denen Paris die soziale Umwälzung der Verhältnisse gestalten musste, denkbar schlecht waren – Hunger,

⁸ Frauen waren vom aktiven und passiven Wahlrecht allerdings auch während der Pariser Commune ausgeschlossen: „It (die Commune, HL) was elected by all the male citizens of Paris, divided into separate wards. The exclusion of women, [erscheint dabei als, HL] especially striking in the light of the magnificent role played by the working women of Paris under the Commune [...]“ (Callinicos 2004 , 159)

⁹ MEW 17, 339; heute sind nur noch wenige systematische Primärquellen über die Pariser Commune erhalten. Neben Prosper-Olivier Lissagarays „History of the Commune of 1871“, das von Elenora Marx übersetzt wurde, stellt „Klassenkämpfe in Frankreich“ eine der besten Quellen über die Entwicklung der Pariser Commune dar.

Wohnungs- und Geldnot sowie Arbeitslosigkeit waren weit verbreitet, die Besetzung durch die Preußen tat ihr übriges – nahmen die Arbeiter_innen die Produktion in den stillgelegten Fabriken selbstverwaltet wieder auf.¹⁰ Kircheneigentum wurde vergesellschaftet, Bildungseinrichtungen ausnahmslos geöffnet, säkularisiert und unentgeltlich zur Verfügung gestellt.¹¹

Auch, wenn die Commune lediglich für 72 Tage bestand und ihre Niederschlagung in der *semaine sanglante*¹² in einer Katastrophe für die Arbeiter_innenbewegung endete, so sind diese Kampferfahrungen der Pariser_innen doch weiterhin zentral und beeinflussten viele auf sie folgende soziale Kämpfe, wie etwa die deutsche und russische Revolution in den 1910er Jahren. Bereits in der Revolution von 1905 gründeten sich zahlreiche Arbeiter_innen- und Soldat_innenräte. Auch in der Februar- und Oktoberrevolution von 1917 stellten sie das zentrale Moment der politischen Selbstverwaltung dar. Bis zur Oktoberrevolution bildeten sich knapp 1500 handlungsfähige Rätestrukturen in ganz Russland, die Lenin als die „Keime einer Staatsmacht“¹³ einschätzte und die eine Doppelmachtsituation zwischen der provisorischen Regierung und den Sowjets entstehen ließen. Der Legitimitätsanspruch der provisorischen Regierung schwand von Tag zu Tag, bis die Sowjets schließlich im Oktober 1917 die Zeit der Doppelherrschaft beendeten und selbst die Staatsmacht übernahmen.¹⁴ Nach gelungener Revolution reichten Fabriksräte und Soldat_innenräte nicht mehr aus, um das Gemeinwesen zu organisieren, daher wurden die Rätestrukturen stark verallgemeinert. In der russischen Revolution hatten sie zwei Funktionen: Zuerst waren sie in der Situation der Doppelmacht ein Kampforgan. Später galten sie als die Form der Organisation des Ökonomischen und des Politischen, der Produktion und Reproduktion sowie der kollektiven Entscheidungsfindung. Auch für die Novemberrevolution in Deutschland wird auf die zentrale Rolle der Räte, etwa der Kieler Matros_innenräte am Beginn des revolutionären Prozesses, verwiesen.¹⁵

¹⁰ Hierzu schreibt Marx: „Die Kommune, rufen sie aus, will das Eigentum, die Grundlage aller Zivilisation, abschaffen! [...]. Sie beabsichtigte die Enteignung der Enteigner. Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt“ (MEW 17, 342)

¹¹ MEW 17, 339f.

¹² Übersetzung (franz.): blutige Woche

¹³ LW 24, 21

¹⁴ Für detaillierte Analyse vgl. Probst 2008 und Duma/Probst 2008

¹⁵ Harman 1998, 51ff

Zurück zum Pariser Ursprung

Die Ideen der Inbesitznahme und der kollektiven Verwaltung öffentlichen Raumes und des Gemeinwesens, wie sie zu Zeiten der Pariser Commune, aber auch in und nach der russischen Revolution vorgelebt wurden, standen lange Zeit nicht im Zentrum linker Debatten. Erst Ende der 1990er Jahre spielten Diskurse um „gerechte Verwaltung“ in Betrieb und Gesellschaft wieder vermehrt eine Rolle in Protestbewegungen und sozialen Kämpfen.

Ihren Ursprung hat das ‚Commune Revival‘ in Lateinamerika und hier im Besonderen in Bolivien und Mexiko. Die Proteste in Cochabamba 2000 und die Kommune von Oaxaca 2006 inspirierten, wie der Politikwissenschaftler David McNally festgestellt hat, viele auf sie folgende soziale Kämpfe, unter anderem auch die Revolutionen in Tunesien und Ägypten und die *Echte Demokratie jetzt!*- Bewegung in Spanien dieses Jahres.¹⁶

Urbane Neuzusammensetzung

In Bolivien war die Linke nach 15 Jahren neoliberalen Umbau und harten Strukturanpassungsprogrammen bis zu eben jener Protestbewegung in Cochabamba 2000 vollkommen zerschlagen. Durch die Privatisierung der Minen wurde die Gewerkschaft schon in den 1980er Jahren stark geschwächt. Soziale Kämpfe fanden in dieser Zeit, wenn überhaupt, dann nur sehr isoliert voneinander und im kleinteiligen Rahmen statt. Den neoliberalen Angriffen konnte die Linke wenig bis nichts entgegensetzen. Erst mit der Privatisierung der Wasserversorgung in Cochabamba aktivierten sich große Teile der Bevölkerung. Soziale Bewegungen und Gewerkschaften schafften es, an einem Strang zu ziehen und über große Protestkundgebungen und Stadtteilversammlungen einen politischen Wandel im Land zu erzielen: Der linke Präsident Evo Morales und seine Partei (MAS)¹⁷ wurden durch die Bewegung quasi „an die Macht getragen“.¹⁸

Spannend an den Protesten in Cochabamba ist allerdings nicht nur die erfolgreiche Abwehr des neoliberalen Dogmas, sondern auch ihre Infragestellung traditioneller linker Politikformen. Wurde bis dato meist versucht den Kampf um Sozialismus über den Kampf im

¹⁶ McNally 2011

¹⁷ Movimiento al Socialismo (MAS) ist der Name einer [linksgerichteten Sammelbewegung](#) in [Bolivien](#). Sie stellt mit Evo Morales seit Ende 2005 den Präsidenten von Bolivien.

¹⁸ Probst/Sagner 2006

Betrieb zu organisieren, so entdeckte die Protestbewegung in Cochabamba eine alte Protestform wieder: die Inbesitznahme öffentlichen Raumes. Dies war insofern besonders wichtig, da sich die Zusammensetzung der bolivischen Arbeiter_innen in den letzten Jahrzehnten stark geändert hatte. Sie war nicht nur zahlenmäßig massiv angewachsen, sondern war auch nicht mehr ausschließlich im klassischen Industriebetrieb zu finden. Auf der einen Seite hatten sich die Arbeitsverhältnisse durch den neoliberalen Umbau stark flexibilisiert, das heißt ein Großteil der Arbeiter_innen befand sich nicht mehr im sogenannten Normalarbeitsverhältnis, sondern in prekären, teilweise informellen Beschäftigungsverhältnissen. Dies bedeutete nicht zuletzt, dass auch der Betrieb als traditioneller Raum potentieller kollektiver Selbstorganisation der Arbeiter_innen wegfiel. Auf der anderen Seite heterogenisierten sich die sozialen Gruppen, die Teil der Arbeiter_innenklasse waren, stark. Neben Frauen wurden auch vermehrt Indigen@s als billige Arbeitskräfte eingesetzt.¹⁹ Die politischen Akteur_innen hatten sich also verändert und es brauchte einen neuen Ort der Zusammenkunft, einen Ort außerhalb des Betriebs: den urbanen Raum. Diese „sozioterritoriale Logik von Kämpfen“ war, folgen wir Elmar Altvater, nicht nur für Bolivien besonders wichtig, sondern sie wird generell „in den Kämpfen dominant, in denen das „Normalarbeitsverhältnis“ weitgehend verschwunden ist und der informelle Sektor und prekäre Arbeit zunehmen. [...] Wenn Lohnabhängige aus den formellen Regelungsmechanismen ausgeschlossen ist [sic], kann Teilhabe nur erreicht werden, indem die Ausgeschlossenen soziale Räume besetzen und dabei im physischen Sinne Territorien aneignen.“²⁰

Kommune reloaded

Etwa sechs Jahre später griff eine Protestbewegung in Mexiko diese Erfahrungen aus Bolivien dementsprechend auf und radikalisierte sie insofern, als dass sie nicht nur den urbanen Raum als Organisationszentrum nützte, sondern auch versuchte diesen selbst zu verwalten. Die Rede ist von der Kommune in Oaxaca 2006.

Mexiko wurde 2006 bereits von vielen sozialen Protesten heimgesucht (Streiks in Stahlwerken, Protest gegen Wahlbetrug, etc.), als im Juli Lehrer_innen in Oaxaca in den Streik traten und ihr Protest brutal niedergeschlagen wurde. Die Solidaritätswelle, die den

¹⁹ Probst/Sagner 2006

²⁰ Altvater 2005, 59

Lehrer_innen entgegenkam, war immens groß. Als der Forderung nach Absetzung des Gouverneurs nicht nachgekommen wurde, verselbständigte sich die Bewegung in Oaxaca. Die Volksversammlungen der Bevölkerung (APPO) bauten Strukturen basisdemokratischer Kontrolle auf und etablierten sich als eine Art Gegenmacht zur herrschenden politischen Klasse. Durch die symbolische Inbesitznahme des Regierungspalastes²¹ konnte eine alternative Regierung gebildet werden, die Oaxaca, wie damals die Pariser Commune, selbst verwaltete.²²

Platz-Kampf

Durch die Ausweitung des Kampfes im Betrieb zum Kampf um urbane Räume in Cochabamba und Oaxaca konnten also Prozesse der Neuzusammensetzung von Klassen wirklich ernst genommen, sowie Ideen der Selbstorganisation/Selbstverwaltung wieder aufgegriffen werden. Das politische Potential dieser Platz-Kämpfe wurde bald auch außerhalb Lateinamerikas erkannt und von linken Kräften in die ganze Welt exportiert. Die beiden Protestbewegungen von Cochabamba und Oaxaca gelten daher heute auch als „Wendepunkt und Startschuss einer neuen Periode sozialer Auseinandersetzungen.“²³

Insbesondere im Zuge jüngerer Proteste – bei den Protesten und den Streiks im Mittleren Osten, in Griechenland und Spanien – spielte die Inbesitznahme öffentlichen Raumes eine wichtige Rolle. Ob der *Tahrir Platz*, der *Syntagma Platz* oder der *Plaza Puerta del Sol*, in allen Ländern organisierte sich die Protestbewegung rund um große, öffentliche Plätze. Diese wurden oft nicht nur als Hort der Zusammenkunft der verschiedenen Teile der Arbeiter_innenklasse und als politisches Druckmittel genützt, sondern von den Protestbewegungen auch für die Zeit der Inbesitznahme selbst verwaltet.²⁴ Am Beispiel der *Echte Demokratie jetzt!*-Bewegung in Spanien lässt sich unter anderem zeigen, welche Rolle der öffentliche Raum für derzeitige Protestbewegungen hat.

¡Ya basta!

²¹ Dies war möglich, da der Regierungssitz aus Angst vor Protesten und um eine stabile Regierungstätigkeit zu gewährleisten, bereits in eine andere Stadt verlegt worden war.

²² Botka/Taghian 2006

²³ Probst/Sagne 2006

²⁴ N.N. 2011

Spanien, ein Land, das in den 1990er Jahren vom IWF und der Weltbank als Paradebeispiel nachholender wirtschaftlicher Entwicklung angeführt wurde, rutschte durch den Kollaps des Immobiliensektors im Zuge der Krise seit 2007 in eine tiefe wirtschaftliche Rezession. Die Arbeitslosenraten stiegen rasant, die Staatsschulden nahmen massiv zu und die bestehenden Ungleichheiten wurden weiter verschärft.²⁵ Im Zuge dieser ökonomischen Krise verlor die spanische Bevölkerung immer mehr das Vertrauen in die etablierten politischen Institutionen. Dies führte im Mai dieses Jahres dazu, dass riesige Proteste das Land lahm legten. Hunderttausende gingen auf die Straßen und in Madrid wurde der Hauptplatz *Puerta del Sol* besetzt. Die zentrale Forderung der 15M war die Durchsetzung von *¡Democracia real, ya!: Echte Demokratie, jetzt!* Darunter fallen nach dem Forderungskatalog der Bewegung die Abschaffung der Privilegien der politischen Klasse, das Recht auf Wohnung und einen Arbeitsplatz, die Kontrolle der Bankinstitutionen, die Besteuerung von Reichen, Banken und Finanztransaktionen, aber auch die (Re-)Implementierung bürgerlicher Freiheiten und partizipativer Demokratie.²⁶

Aus der Perspektive der kommunalen Räte Debatte betrachtet ist besonders hervorzuheben, dass die spanische Protestbewegung aber nicht nur „echte Demokratie“ fordert, sondern auch versucht, diese intern vorzuleben. Der *Plaza Puerta del Sol* diente der Bewegung als Ort der gemeinsamen Diskussion und Organisierung weiterer Protestaktionen. Um in einer so großen Bewegung, wie der spanischen, möglichst alle Aktivist_innen zu Wort kommen zu lassen und die Entscheidungsfindungen so transparent und demokratisch wie möglich zu gestalten, musste, wie schon die Erfahrungen der Pariser Commune zeigten, sich die Bewegung kleinteilig organisieren. Waren in der Commune die kleinsten Einheiten die Bezirke, so waren es in Spanien die sogenannten *asambleas*, also die Stadtteilversammlungen, in denen jede_r, die_der anwesend ist, mitdiskutieren und mitbestimmen kann.²⁷ Die Idee der *asambleas* ist keineswegs neu: Schon in den 1970er Jahren wurden sie in Spanien als Form der Organisierung von Protesten herangezogen. Damals – zu Zeiten der Hochphase der Arbeiter_innenautonomie – waren die *asambleas* vor

²⁵ Lopez /Rodriquez 2011

²⁶ Für eine deutsche Übersetzung siehe: <http://www.solidarische-moderne.de/de/article/168.forderungen-der-spanischen-protestbewegung.html>, (6.9.2011) Mit dem Forderungskatalog richtet sich die spanische Protestbewegung allerdings an den bürgerlichen Staat, den sie nach eigenen Angaben ja eigentlich ablehnt.

²⁷ Dass durch diese Form der Anwesenheitsdemokratie bestimmte gesellschaftliche Gruppen systematisch von der Partizipation ausgeschlossen werden, liegt am Grundprinzip der Basisdemokratie. Diese kann dementsprechend nicht als die demokratischste Form von Mitbestimmung/Mitgestaltung beschrieben werden.

allem Versammlungen im Betrieb, die oft zu Fabrikbesetzungen und Arbeiter_innenselbstverwaltungen führten.²⁸ Auch in Oaxaca wurde auf das Mittel der Volksversammlungen zurückgegriffen.²⁹ Im Zuge der Dezentralisierung der Bewegung 15M konnten knapp 140 Stadtteile in Spanien gezählt werden, in denen *asambleas* abgehalten wurden. In einigen Vierteln waren bei solchen Versammlungen 600-1000 Menschen beteiligt. Gingen die Organisator_innen im Juni noch davon aus, dass bis zu 30.000 Menschen in den Stadtteilen aktiv waren, so wird deren Zahl heute auf ca. 9.000 geschätzt.³⁰

Die *asambleas* sind durch eine lose politische Struktur gekennzeichnet. Eben diese Offenheit ermöglicht es verschiedensten sozialen Gruppen, linken Bewegungen und Organisationen, an ihnen zu partizipieren. Ein Blick auf die soziale Zusammensetzung der Bewegung 15M zeigt, dass hier nicht nur Jugendliche und Studierende aktiv sind, sondern auch prekär beschäftigte Arbeiter_innen und Arbeitslose, die sogenannten indignad@s.³¹ Feministische Kämpfe und die Kämpfe von illegalisierten Migrant_innen spielen ebenso eine Rolle in der Protestbewegung wie die Thematisierung prekärer Arbeitsverhältnisse.³² Darüber hinaus erhielten die Proteste auch breiten Zuspruch in der spanischen Bevölkerung: Über 85% der spanische Bevölkerung sympathisierten mit der Bewegung 15M, viele „Wut-Bürger_innen“ wurden selbst in ihren Stadtteilen aktiv.³³

Raumnahme und dann?

Dennoch können die bisher gewählten Protestformen in Spanien nicht als Ziel politischen Handelns gelten, sondern bloß als ein Mittel zur Erreichung von „echter Demokratie“. Aus rätendemokratischer Sicht betrachtet hätte daher auf die widerständige Bespielung des Plaza *Puerta del Sol* und die Gründung von *asambleas* z.B. die Besetzung und Selbstverwaltung von Betrieben oder des Gemeinwesens folgen oder zumindest gefordert werden müssen. Während in Bolivien und Mexiko solche Wege (mit Bezug auf die Pariser Commune) durchaus bestritten wurden, ist die Bewegung 15M in Spanien größtenteils dabei verblieben, Forderungen zu stellen, die keine direkten politischen Konsequenzen hatten. Dies liegt

²⁸ N.N. 2011

²⁹ Botka/Taghian 2006

³⁰ Die Informationen beruhen auf einem Emailinterview mit Inigo Errejón. Wir danken dem Genossen für seine Unterstützung.

³¹ Becksteiner 2011

³² Emailinterview mit Inigo Errejón

³³ N.N. 2011

daran, dass es keine bestehende Form der Organisierung in Spanien geschafft hatte, für eine Verstetigung dieser Proteste zu sorgen. Auch die Pariser Commune etwa kam, wenn sie auch für viele überraschend war³⁴, nicht auf unbereitetem Boden: „For months the left had been preparing the ground for a more radical government and calling for revolutionary war in its socialist clubs and debating societies.“³⁵

In Spanien ist bislang auch oft unklar geblieben, an wen sich die Forderungen der Aktivist_innen wenden. Sollte mit dem Forderungskatalog nun doch die parlamentarische Demokratie angerufen werden, damit sie den Missmut der Bevölkerung wieder dämpft? Dann stellt sich allerdings die Frage, wie diese Form der Anrufung des Staates mit den Forderungen von partizipativer Demokratie (von unten) unter einen Hut gebracht werden kann. Dabei zeigt sich, dass rätendemokratische Ideen der demokratisch kontrollierten und kollektiven Organisierung des Ökonomischen und des Politischen keine zentrale Rolle in den Strategien der Bewegung 15M gespielt haben.

Aller Kritik zum Trotz ist die Wiederaufnahme der Ideen von kollektiver Raumeignung in gegenwärtigen Protesten von besonderer Bedeutung. Hierdurch werden nicht nur Neuformierungsprozesse von Klassen ernst genommen, sondern auch Kampferfahrungen von den Beteiligten gesammelt und alternative Formen von Demokratie nach langer Zeit wieder praktiziert.

Wir danken Isabella Amir für die gemeinsame Diskussion und Konzeption dieses Artikels.

Julia Hofmann ist Soziologin und aktiv bei Perspektiven.

Hanna Lichtenberger studiert Politikwissenschaft und Geschichte und ist aktiv bei Perspektiven.

Sonstiges:

Tipps zum Weiterlesen und –hören am Schluss des Artikels:

- a) David Mc Nally über neue, populäre Protestformen: <http://vimeo.com/24952896>

³⁴ Benoît Malon zit. nach Nineham 2006, 177 und Zizek 2011

³⁵ Nineham 2006, 178

- b) Stefan Probst/ David Sagner über Bolivien 2000: <http://www.perspektiven-online.at/2007/09/01/bolivien-revolution-reloaded/>
- c) Michael Botka/Ramin Taghian zu Oaxaca 2006: <http://www.perspektiven-online.at/2007/11/01/was-macht-die-linke-in-mexiko/>

Literatur

Adler, Max (1919): Demokratie und Rätssystem. In: Mandel, Ernest (1971, Hg.): Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt. 268-275.

Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Callinicos, Alex (2004): The revolutionary ideas of Karl Marx. London: Bookmarks.

Mario Becksteiner (2011): Es sind keine Jugendproteste, unter: <http://derstandard.at/1310512005174/Griechenland-Spanien-Es-sind-keine-Jugendproteste> (3.10.2011)

Botka, Michael/Taghian, Ramin (2006): Was macht die Linke in ... Mexiko?, unter: <http://www.perspektiven-online.at/2007/11/01/was-macht-die-linke-in-mexiko/> (3.10.2011)

Demirović, Alex (2009): Rätedemokratie und das Ende der Politik. In: PROKLA, 39. Jahrgang, 2009/2. 181-206.

Duma, Veronika/Probst, Stefan (2008): Sowjetmacht vs. Parteidiktatur. <http://www.perspektiven-online.at/2008/10/30/sowjetmacht-vs-parteidiktatur/> (4. Oktober 2011)

Harman, Chris (1998): Die verlorene Revolution. Deutschland 1918-1923. Frankfurt/Main: edition aurora.

Marx, Karl/Engels, Friedrich (1962f.): Werke. Bd. 17. Berlin: Dietz Verlag.

Mandel, Ernest (1971, Hg.): Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt. 268-275.

Mc Nally, David (2011): Radical Democracy & Popular Power: Thinking About New Socialisms for the 21st Century, unter: <http://vimeo.com/24952896> (3.10.2011)

N.N. (2011): Bewegung in Spanien. Plötzlich wurde alles real. In: Wildcat 90. 26-36.

Lenin, Wladimir Iljitsch Uljanow (1972): Werke. Bd. 24. Berlin: Dietz-Verlag.

Lopez, Isidro/Rodriquez, Emmanuel (2011): The Spanish Meltdown. In: New Left Review 69 (May/June 2011). 5-29.

Nineham, Chris (2006): 72 days that shook the world. In: International Socialism 111. 177-179.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.

Probst, Stefan (2008): „Geht selbst ans Werk, beginnt von unten“. <http://www.perspektiven-online.at/2008/02/22/geht-selbst-ans-werk-beginnt-von-unten/> (4.10.2011)

Probst, Stefan/Sagner, David (2006): Bolivien: Revolution Reloaded?, unter: <http://www.perspektiven-online.at/2007/09/01/bolivien-revolution-reloaded/> (3.10.2011)

Žižek, Slavoj (2011): Entscheidend ist der Tag danach. <http://marx21.de/content/view/1503/32/> (4.10.2011)